

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Drei freier Zustellung ins Haus durch den Boten monatlich M. 35.—, vierteljährlich M. 105.—, Postbezug in Deutschland: monatlich M. 35.—, frei ins Haus, Postbezug im Ausland: Eintragung in den Deutschen Anzeigenverzeichnissen im Inlande wöchentlich M. 17.—, nach Ausland wöchentlich M. 25.—, Einzelnummer M. 2.—

Abonnementpreise: Einzelhefte, 20 mm breit, M. 1.—, für Ausland M. 1.50.—, für das Ausland M. 2.—, mit Postzuschlag M. 40.—, für das Ausland M. 50.—, Offener Briefkasten 10 u. 8. Briefkasten, Briefkasten für bestimmte Tage und Plätze wird keine Gewähr übernommen.

Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-K., Ferdinandsstraße 4. • Fernsprechnummern: 23841, 23855, 26677 und 26703 • Postfachkonto: Dresden Nr. 2060

## Große Kriegsschulddebatte in der französischen Kammer

### Die Politik Poincarés vor Gericht — Schwere Angriffe auf den französischen Ministerpräsidenten

Paris, 8. Juli. In der französischen Kammer ist heute eine bedeutende Debatte zur Kriegsschuldfrage — die bekannteste seit Kriegsende in diesem Hause — im Gange. Zu Beginn der Sitzung teilte der stellvertretende Kammerpräsident André Luchaire mit, daß die Kammer die Verantwortung für die Kriegsschuldfrage auf die Regierung übertragen hat. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Verantwortung für die Kriegsschuldfrage auf die Regierung zu übertragen. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Verantwortung für die Kriegsschuldfrage auf die Regierung zu übertragen. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Verantwortung für die Kriegsschuldfrage auf die Regierung zu übertragen.

## Verhandlungen zur Erweiterung der Koalition

### Ein Ruf der bürgerlichen Koalitionsparteien an die Deutsche Volkspartei

Die letzten beiden Tage mit ihrer fast ununterbrochenen Schwüle waren Tage politischer Hochspannung. Überall zeigte sich Nervosität und Gereiztheit. Im Reichstag und im preussischen Landtag entzündete sich diese überreizte Stimmung in schweren Explosionen und führte vor allem im preussischen Landtag zu außerordentlich unruhigen Verhandlungen. Das Aussehen des deutschen Parlamentarismus hat abermals — wie oft schon — ein trübes Gesicht bekommen. Einem schweren Schlag erhalten. Auch im Reichstag gelang es dem Präsidenten nicht, die erregten Gemüter zu beruhigen, und er sah sich infolgedessen gezwungen, die Sitzung zu schließen und auf heute zu vertagen. Unter diesen Umständen wird hinter den Kulissen eifrig eine Erweiterung der jetzigen Koalition nach links oder rechts, eventuell auch nach beiden Seiten hin, versucht. Man kann dabei zweierlei parallel gehende Verhandlungen unterscheiden. Auf der einen Seite verhandeln die Reichstagsfraktionen mit den unabhängigen Fraktionen der bürgerlichen Koalition, auf der anderen Seite mit der Deutschen Volkspartei.

## Die parlamentarische Lage

Berlin, 7. Juli. (Sig. Drahtbericht.) In den Reichstagsausschüssen sind gestern die Dinge nicht ganz hoffnungsvoll verlaufen, auch im Reichsausschuß nicht, dem der Gesetzentwurf zum Schutze der Republik übergeben worden ist. Man hat dort zwar keinerlei Abstimmung vorgenommen, aber die Aussprache über den grundlegenden Paragraphen I hat doch eine gewisse Klärung, wenn man will, herbeigeführt. In dieser Hinsicht hat sich auch Ministerpräsident Brüning beteiligt, der seine Meinung vom Sonntag vor acht Tagen, daß die Strafbestimmungen nur gegen rechts angewendet werden sollen, richtiggestellt hat. Es war ja auch das Hauptbedenken bei Zentrum und Demokraten, daß ein Gesetz geschaffen werden könnte, das nur die Länder zur Rechenschaft zieht und die Länder freiläßt. Man versteht recht: Man wünscht die Strafbestimmungen nicht gegen die Länder, sondern gegen die Reichsregierung, in deren Verantwortung das Gesetz steht, und man will, daß die Strafbestimmungen nicht gegen die Länder, sondern gegen die Reichsregierung, in deren Verantwortung das Gesetz steht, und man will, daß die Strafbestimmungen nicht gegen die Länder, sondern gegen die Reichsregierung, in deren Verantwortung das Gesetz steht.

## Polnische Wirtschaft

O. E. Warschau, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) Die polnische Regierung ist heute auf neue Ausreden zu kommen, da das Kabinett Eilwinski keine parlamentarische Mehrheit findet. Der Konstitutionelle Klub ist mit der Rechten in Opposition abgetrennt, so daß Eilwinski nunmehr für eine Minderheit ist. Die Verhandlungen über die letzten beiden Tage sind nicht ohne Schwierigkeiten verlaufen. Die Verhandlungen über die letzten beiden Tage sind nicht ohne Schwierigkeiten verlaufen. Die Verhandlungen über die letzten beiden Tage sind nicht ohne Schwierigkeiten verlaufen.

## Das neue Beamtengesetz im Reichsrat

Berlin, 8. Juli. Der Reichsrat beschäftigt sich heute mit dem Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik. In dem Gesetzentwurf wurde festgelegt, daß das Verlangen der Eidesleistung auf die Republik die sofortige Entlassung des Beamten ohne Disziplinarverfahren durch Verfügung der vorgesetzten Behörde zur Folge hat, ohne daß dem entlassenen Beamten irgendwelche Ansprüche zuzurechnen sind. Zur Durchführung des Gesetzes sollen die vorhandenen Disziplinargerichte verfährt werden. Vor der Gesamtabstimmung der bayerischen Gesandten v. Preger, daß für die bayerische Regierung das Gesetz in der jetzigen Form nicht annehmbar sei. In der Gesamtabstimmung wurde das Gesetz mit 40 gegen 16 Stimmen angenommen. Für das Gesetz stimmten alle Staaten mit Ausnahme Bayerns und der Vertreter von Oldenburg, Brandenburg, Pommern, Preußen, Rheinprovinz und Westfalen.

## Das ungedeckte Defizit

Berlin, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) In diesem Finanzhaushalt hat die Erklärung des neuen polnischen Ministerpräsidenten Eilwinski über das ungedeckte Defizit des Staatshaushalts für den laufenden Jahre Unruhe hervorgerufen. Man berichtet, daß der zu erwartende weitere Rückgang des polnischen Werts für die tschechisch-polnische Handelsbeziehung auf sich selbst zurückzuführen ist.

## Stegerwald gegen eine Reichstagsauflösung

Berlin, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) Im Reichstag, dem Organ der bürgerlichen Koalition, hat heute ein Antrag von Stegerwald, der sich mit sehr bedeutenden Gründen gegen eine Reichstagsauflösung ausspricht, einen sehr lebhaften Widerstand hervorgerufen.

## Stegerwald gegen eine Reichstagsauflösung

Berlin, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) Im Reichstag, dem Organ der bürgerlichen Koalition, hat heute ein Antrag von Stegerwald, der sich mit sehr bedeutenden Gründen gegen eine Reichstagsauflösung ausspricht, einen sehr lebhaften Widerstand hervorgerufen.

## Stegerwald gegen eine Reichstagsauflösung

Berlin, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) Im Reichstag, dem Organ der bürgerlichen Koalition, hat heute ein Antrag von Stegerwald, der sich mit sehr bedeutenden Gründen gegen eine Reichstagsauflösung ausspricht, einen sehr lebhaften Widerstand hervorgerufen.

## Stegerwald gegen eine Reichstagsauflösung

Berlin, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) Im Reichstag, dem Organ der bürgerlichen Koalition, hat heute ein Antrag von Stegerwald, der sich mit sehr bedeutenden Gründen gegen eine Reichstagsauflösung ausspricht, einen sehr lebhaften Widerstand hervorgerufen.

## Stegerwald gegen eine Reichstagsauflösung

Berlin, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) Im Reichstag, dem Organ der bürgerlichen Koalition, hat heute ein Antrag von Stegerwald, der sich mit sehr bedeutenden Gründen gegen eine Reichstagsauflösung ausspricht, einen sehr lebhaften Widerstand hervorgerufen.

## Stegerwald gegen eine Reichstagsauflösung

Berlin, 7. Juli. (Via. Drahtbericht.) Im Reichstag, dem Organ der bürgerlichen Koalition, hat heute ein Antrag von Stegerwald, der sich mit sehr bedeutenden Gründen gegen eine Reichstagsauflösung ausspricht, einen sehr lebhaften Widerstand hervorgerufen.